

# Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

## Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II  
Fernsprecher: 37 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreispalt. Postzettel 1 M. Aufnahme nur bei vorherg. Gebühreneinbarung auf Postcheck Nr. 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsfrist: Freitag

### Der Auferstandene.

Sie hatten ihn, so heißt es, gekreuzigt und begraben. Und damit hatten sie geglaubt, auch den Gedanken begraben zu haben, den er gekündet hatte. Zufrieden war die Welt der Pharisäer und Jöllner. Der Revolutionär war nicht mehr.

Sie wußten es nicht, daß es das Wesen des revolutionären Gedankens ist, aufzuerstehen. Zu vergehen, um immer neu da zu sein. Der revolutionäre Gedanke ist das Bewegende der Geschichte, und der revolutionäre Gedanke ist, oder die Geschichte ist nicht.

In den Jahrhunderten reckte er sich hier und dort. Wirtschaftlich, religiös, geistig. Und man trat das erwachende soziale Recht mit Gewalt nieder. Und man verbrannte den geistigen Empörer. Symbol! Gekreuzigt und begraben hatte man doch mit dem Leibe die Idee der Freiheit gleicher Menschen für immer.

Aber dann gingen die drei Tage der Weltgeschichte zu Ende. Diese drei Tage des weltgeschichtlichen Werdens, die wir Menschen des schnellen Vergehens 2000 Jahre zu nennen gewohnt sind. Und siehe da: die Erde dröhnte, die Welt wankte in ihren Fesseln. Es schwankte der Ordnung des Lebens das Fundament. Ihr habt den Leib gekreuzigt, daß der Gedanke nur um so machtvoller erstehet aus dem Gefängnis des Grabes, in das ihr Ausschließen ihn für alle Zeiten bannen zu können geglaubt habt.

Er ist auferstanden, der Geist der Liebe und der Freiheit, und neu leuchtet uns allen das Reich Gottes hier auf dieser Welt. Hört auf die Stimme des Auferstandenen, ihr Gequälten! Hört auf das Kampfwort seines Glaubens gegen Mammon, gegen Götzendienst! Hört auf das Göttliche, das da aus der Bewegung des Volkes zu euch spricht!

Hört ihr es nicht? Könnt ihr es immer noch nicht vernehmen? Verleht ihr denn immer noch nicht das heilige Wort?

Mitten unter uns allen ist er, der Auferstandene. In seinem Menschenbruder, der sucht und glaubt, erkennt und will. In deiner Menschenschwester, die da

in Verzweiflung über das Leben die Faust ballt. In deinen Kindern, denen das Leben dieses Innerliche. Reine, Herzliche, Göttliche so oft nimmt, daß aus der verzerrten Seele heraus einst dann der Empörer wird, der Auferstandene, seine geknechtete Liebe zu retten zur Freiheit.

Du siehst nur Rohes? Du siehst nur Not und Kampf? Du siehst nur Ringen um den Pfennig und nur Sorge um das Brot?

Der Auferstandene ist in allen! Höre auf die Seele, die da in freizewillenden Menschen nach Lohn und nach Brot verlangt! Höre auf den heiligen Gerechtigkeitsgedanken, der sich da in diesem so nüchtern erscheinenden Erstenverlangen erzwingt! Höre auf die glaubende Liebe, die da bebte: es muß durch kämpferische Gestaltung einmal werden alles edel, groß und schön! Lausche auf das tiefste, tiefe Sehnen nach dem Erdenreiche Gottes, an das sie alle glauben.

Niemand kann dem Menschen dienen und auch Gott. Wo die Not ist, leidet das Heiligste deiner selbst. Das Göttliche in dir wird zerrissen, wenn du um das Allerjehelbstverständlichs des Alltags sorgst und ringst. Siehe doch endlich in Ehrfurcht vor diesem Göttlichen, daß du es nicht mehr durch Mammons wirtschaft entweißt sein lassen magst!

Du hast ein Recht auf das Leben, ein Recht auf deine Freiheit, ein Recht auf das Göttliche in dir selbst! Laß es dir nicht zermalmt werden von der Brutalität einer ungöttlichen Wirtschaft!

Sei Prophet! Weise deinen Schwestern und Brüdern das Große, das da jetzt endlich kommt! Sei Kämpfer! Vertreibe sie aus dem Tempel der Menschheit, diese Wechler und Krämer! Sei Weltgestalter! Nur wer „verkauft, was er hat“, wie er es einstmal gefündet, ist frei von Gelüsten des Ruhens und der Gier. Nur die Wirtschaftsordnung der Gemeinschaft kann die Wirtschaftsordnung der Göttlichkeit sein.

Dr. G. S.

stehender der drei stattgefundenen Zollfriedenskonferenzen mußte erklären, daß alle Bemühungen restlos gescheitert seien. Als Ursache sind vor allem zwei Momente anzuführen. Erstens ist auch ein europäischer Kreis ein viel zu großer Komplex, um zu einem solchen Abkommen zu gelangen. Zweitens können hier nicht allmählich zu ergreifende Maßnahmen helfen, sondern nur radikale. Diese radikale Maßnahme heißt: Zollunion. Eine Zollunion besagt, daß im Verkehr zwischen den eine Zollunion abschließenden Staaten die Zollgrenzen beseitigt werden und somit innerhalb dieses neu geschaffenen einheitlichen Gebietes eine bessere Arbeitsteilung vorgenommen, die Produktion verbilligt wird.

Der Abschluß einer solchen Zollunion ist selbstverständlich ein sehr radikaler Schritt. Wenn auch theoretische Erwägungen und praktische Erfahrungen zeigen, daß eine Zollunion eine Verbilligung der Produktion und somit eine Befebung der Wirtschaft zur Folge hat, so wird doch zunächst manche unrentable arbeitende Fabrik eingehen und eine gewisse Umstellung und Neuorganisation der Wirtschaft stattfinden müssen. Wegen dieser weitgehenden wirtschaftlichen und vor allem auch wegen der politischen Konsequenzen wagt sich die offizielle Politik nur schwer an derartige Maßnahmen heran. Eine Zollunion wurde zum erstenmal in Deutschland im Rahmen der Zollfriedensverhandlungen vorgeschlagen und in etwas vorsichtigerer Form von dem österreichischen Minister Dr. Schöber, der auf der Völkerverversammlung 1930 den Abschluß regionaler Abkommen vorschlug, um so Europa von unten herauf zu organisieren. Will man langsam aber sicher zu einer europäischen Zollunion gelangen, so wäre der gegebene Weg natürlich über eine deutsch-französische Einigung, als erster Schritt. In einer Zollunion dieser beiden Staaten stehen sich zwei gleich starke Wirtschaftskörper gegenüber, würde ein in sich geschlossener großer Markt entstehen, dem sich anzuschließen im Interesse aller anderen Länder liegen müßte. Untersuchungen haben ergeben, daß eine deutsch-französische Zollunion möglich ist, nur geringe Opfer verlangt, die aber durch den Gewinn vollkommen aufgehoben werden. Doch Frankreich ist zur Zeit zum Abschluß einer Zollunion mit Deutschland noch nicht bereit.

Das Problem der Zollunion rückt wieder in den Vordergrund, als die Agrarstaaten Südosteuropas von den Industriestaaten Mitteleuropas eine Vorzugsbehandlung für ihre Agrarzeugnisse verlangen. Der beste Weg wäre eine Zollunion zwischen den mitteleuropäischen Industriestaaten und den südosteuropäischen Agrarstaaten, d. h. eine Zollunion von Kiel bis Sofia. Doch die Südoststaaten sind zu einem solchen umfassenden Abkommen noch nicht bereit, so daß die Verhandlungen zunächst auf anderer Basis gepflogen werden.

Während nur in Wien die Südoststaaten mit den mitteleuropäischen Industriestaaten über neue Handelsverträge verhandeln, während in Paris die Vertreter der europäischen Staaten zusammentreten, um über die Organisation und die Aufgaben des beim Völkerverbund gebildeten Europaausschusses zu beraten, handeln Deutschland und Oesterreich durch Abschluß einer Zollunion. Es war ein gewagter Schritt. Nicht so sehr aus wirtschaftlichen Gründen, denn seit Jahren sind sich die Wirtschaftskreise der beiden Länder darüber im klaren, daß eine Zollunion für beide Seiten ein großer Gewinn ist. Wohl aber war dieser Schritt aus politischen Gründen ein Bagis, was durch die außenpolitischen Folgen bestätigt wird. Es ist nämlich Oesterreich durch den Friedensvertrag und durch die Genfer Beschlüsse von 1922 jede Maßnahme unterlag, die zur Einschränkung seiner Unabhängigkeit führen könnte. Um mit diesen Bestimmungen nicht in Konflikt zu geraten, ist der Zollunionsvertrag so gehalten worden, daß beide

### Vom gescheiterten Zollfrieden zur Zollunion.

Der zwischen Deutschland und Oesterreich abgeschlossene, eine Zollunion vorsehende Vertrag hat in der ganzen Welt eine ungeheure Aufregung hervorgerufen. Von den beiden genannten Staaten wurde ein Weg beschritten, der bisher zwar von vielen empfohlen worden war, vor dessen Konsequenzen aber die praktische Politik zurückredete. Der Vertrag zwischen Deutschland und Oesterreich kann eine Keimzelle zur Befreiung Europas von den Fesseln des Hochprotektionismus werden. Ueber die Art und Weise, wie der Vertrag abgeschlossen wurde, läßt sich streiten. Er ist zustande gekommen ohne vorherige Verständigung mit Frankreich, England und den übrigen Ländern und ohne eine vorherige Einigung mit den heimischen Parlamenten. Angesichts der hohen Bedeutung des dem Vertrage zugrunde liegenden Gedankens ist es sehr zu bedauern, daß dieser Schritt mit einem Krach zwischen den Staaten begonnen wurde. Doch wir wollen uns nicht über die Art und Weise des Vertragsabschlusses unterhalten, sondern über die Frage an sich.

Allgemein ist die Ueberzeugung, daß eine der wichtigsten Ursachen der Weltwirtschaftskrisis und Wirtschaftsnot der Hochprotektionismus ist. Nach dem Grundprinzip wirtschaftlicher Tätigkeit hat man vom Konsum auszugehen. Zwecks billiger Versorgung der Konsumenten mit den Waren sollen diese da produziert werden, wo die günstigsten

Standortverhältnisse sind. Doch die nationalitische Wirtschaftspolitik hat immer wieder gegen dies Grundprinzip verstoßen. Infolge hoher Zölle ist den für die Erzeugung bevorzugten Ländern der Export bestimmter Waren erschwert, ja teilweise unmöglich gemacht worden. Infolgedessen sind alle Länder gezwungen worden, ihre Produktion auf weniger rentable Zweige auszubehnen. Die Agrarstaaten gingen zur Industrieproduktion über, die Industriestaaten bauten ihre Agrarproduktion aus, mit dem Ergebnis, daß die Waren immer weiter verteuert wurden, die Konsumenten nicht mehr kaufen konnten.

Besonders seit der Weltwirtschaftskrisis 1927 heißt es immer wieder: Wir müssen uns frei machen von diesen Fesseln des Hochprotektionismus, wir müssen die Geister der Hochzollpolitik los werden. Man versuchte zunächst auf umfassender internationaler Basis einen Zollabbau, doch dieser Versuch scheiterte, da die überseeischen Länder hieran viel zu wenig interessiert sind, ihre eigene Schutzpolitik noch nicht als Hemmnis empfinden. So konzentrierte man ab 1929 diese Zollabbaubemühungen auf Europa. Zu Anfang 1930 wurde eine Zollfriedenskonferenz einberufen, die zu einer Verpflückung, die Zölle nicht mehr zu erhöhen, und zu einem Programm des allmählichen Zollabbaues führen sollte. Doch diese Bemühungen blieben erfolglos. Der Witte März 1931 zum letzten Male unternommene Versuch, die einzelnen Beschlüsse in Kraft treten zu lassen, scheiterte kläglich, der Holländer Colijn als Vor-



### Neuseeland für die 36-Stunden-Woche.

(S. 22.) Auch in Neuseeland gibt die Arbeitslosigkeit zu den größten Bedenken Anlass. Regierungsinstanzen, Unternehmer und Arbeiterorganisationen bringen die verschiedensten Mittel und Methoden in Vorschlag, um das große Uebel zu beseitigen. Die Frage ist um so brennender und wird um so vorurteilsloser behandelt, als es in Neuseeland noch nahezu keine Fürsorgemaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit gibt und man deshalb an kein Mittel des Kampfes traditionell gebunden ist. Es ist deshalb von besonderer Bedeutung, daß sich bei allen Erwägungen die Aufmerksamkeit immer wieder auf die Verkürzung der Arbeitszeit konzentriert. Denn aus amtlichen Feststellungen geht hervor, daß die Maschine in den letzten acht Jahren von je 100 Arbeitern mindestens 30 brotlos gemacht hat. Es steht demnach fest, so folgert man in Neuseeland, daß, wenn sich in den genannten acht Jahren die Produktionsweise nicht verändert hätte, es heute in Neuseeland keine Arbeitslosen gäbe.

„Die Arbeiterbewegung Neuseelands“, so schreibt „The New Zealand Transport Worker“, muß deshalb ihr Programm entsprechend ergänzen. Zunächst der gegenwärtigen Produktionsweise ist uns mit bloßen Notstandsarbeiten, mit Arbeitslosenunterstützungen und ähnlichen „sozialen Pfadern“ nicht geschoren. Unsere erste Pflicht ist die Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 36 Stunden. Eine solche Maßnahme würde jedem Arbeiter Neuseelands sofort Beschäftigung geben. Daneben kommt in zweiter Linie die Schaffung einer Art Sozialfonds in Betracht, aus dem den alten und arbeitsunfähigen Bürgern sowie jenen, die beim Übergang von einer in die andere Stelle arbeitslos werden, ein anfänglicher Lohn gesichert wird. Dies muß unser Programm sein. Denn es ist praktisch und fortschrittlich. Die Maschine darf nicht zum Vorteil einiger Weniger, sondern sie muß in Dienste aller verwendet werden.“

### Gegen den Abbau im Schul- und Bildungswesen.

Das öffentliche Schulwesen, kulturpolitische Einrichtungen und sonstige Bildungsstätten sind in hohem Maße Objekt der obwaltenden Sparpolitik geworden. Die geplanten und teilweise bereits durchgeführten Abbaumaßnahmen nehmen einen so großen Umfang an, daß das Schlimmste für die Weiterarbeit und Existenz mancher Einrichtungen zu befürchten und jeder Bildungsfreund mit ernster Sorge erfüllt ist. Wiederum sind eine Reihe von Maßnahmen besonders angeht, das kulturelle Leben der Arbeiterklasse zu hemmen. Die Notrufe vieler bedeutungsvoller Bildungseinrichtungen nach Hilfe werden immer dringender. Es sei darum die Aufmerksamkeit nochmals auf diesen Frauentreis gelenkt. Der bereits in einem Aufsatz „Kaisers Sparpolitik im Schulwesen“ in der „Gewerkschaftszeitung“ Nr. 10/1931 behandelte worden ist. Insbesondere sollten die Arbeiter in den Landes- und Städteparlamenten sich diese Ausführungen zu eigen machen und mit aller Kraft bestrebt sein, einem Abbau entgegenzuwirken. Es heißt in dem Aufsatz: „Weiß, auch die Schule wird der herrschenden Finanznot Opfer bringen müssen. Tragbaren und sinnvollen Ersparnismaßnahmen wird auch, bei aller Anerkennung des Grundgesetzes, daß für die Erziehung der heranwachsenden Generation das Beste eingesetzt werden muß und der Bildungsetat seinem Wesen nach immer ein Zuschußetat sein wird, die Zustimmung nicht zu verweigern.“ Was jedoch im einzelnen geplant und teilweise schon durchgeführt wird, ist geeignet, die Substanz und weitere Arbeit der Schule zu gefährden. Die Maßnahmen lassen grundsätzliche pädagogische Gesichtspunkte außer acht und werden weder wirtschaftlichen noch schulorganisatorischen Erfordernissen gerecht.

Mit Recht wird weiter auf die verhängnisvollen Folgen solcher Sparmaßnahmen aufmerksam gemacht, die in ihrer vollen Schwere in erster Linie die Volks- und Berufsschulen treffen. Gegen die hohen Aufwendungen für das höhere Schulwesen wird nur mit zaghaften Maßnahmen in unzulänglichem Maße vorgegangen. Die Länder sind als Träger der persönlichen Kosten an deren Berringerung interessiert; die Maßnahmen zielen darum im wesentlichen auf eine Einsparung von Lehrerstellen in der Volks- und Berufsschule hin. Durch Herabsetzung der Schülerzahl pro Klasse und Erhöhung der wöchentlichen vom Lehrer zu erteilenden Pflichtstundenzahl sollen Lehrkräfte freigesetzt werden. In daß noch nicht fest angestellten Lehrern getündigt werden kann oder sich die Belastung freierwerbender Stellen erhöht, was in gewissem Umfang die Gefahr des Überalterns des Bekehrkörpers zur Folge hat. Auch werden gegebenenfalls neue methodische und pädagogische Strömungen ausgeschlossen. Die Städte, die in einzelnen Ländern Anteil an den persönlichen Kosten leisten, fördern diese Bestrebungen durch Zusammenlegung von Klassen und ganzen Schulen. Da sie weiter den fastlichen Aufwand be-

streiten, werden die Ausgaben für Lehr- und Lernmittel, für Schülermanerungen und Spiele, für Ausbau der Lehrer- und Schülerbibliothek, für den Betrieb anderer wichtiger Anhaltungsstätten (zoo-logische und botanische Gärten u. a.) und für die vielorts zu dringend notwendigen Schulneubauten eingeschränkt.

Die Städte werden bei diesen Abbaubestrebungen gestärkt durch die im Vorhand des Städtetages herrschende Auffassung. Der Vorstand hat entsprechende Richtlinien seinen Mitgliedsstädten zugeteilt. Auch die Landgemeinden, obwohl ihr Schulwesen gerade einen Ausbau dringend erfordert, sind dem Beispiel der Städte gefolgt, und der „Verband der preussischen Landgemeinden“ hat kürzlich gleichfalls vorkäufige Richtlinien zur Erzielung von Ersparnissen ausgearbeitet, die im wesentlichen denen des Städtetages entsprechen.

Die Erhöhung der Klassenbesetzungsziffer bedeutet eine schwere Beeinträchtigung der pädagogischen Arbeit. Sie unterbricht eine erstzählige Quantität der Volksschule, in der vorwärtsweisende Arbeit nur möglich werden konnte durch Verringerung der Schülerzahl, die immer erhöht, aber erst in den Nachkriegsjahren, wenn auch nicht überall in gleichem Tempo, wirksam wurde. Bei größerer Schülerzahl muß sich zwangsläufig die Arbeitsweise vergrößern. Der Aufenthalt in überfüllten Räumen bringt ferner auch gesundheitliche Schädigungen mit sich und schwächt die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit der Kinder. Gerade bei der jetzigen Wirtschaftsnote mit ihrem Gefolge von Entbehrung, Armut und Sorge müßte die Schule zu intensiver Erziehungsarbeit Gelegenheit haben.

Die Maßnahmen, die den Stand der Ausbildung der deutschen Jugend schwersten schädigen, sind auch wirtschaftlich gesehen, völlig verfehlt, denn die künftige Bedeutung Deutschlands liegt zweifellos in der Entfaltung seiner Arbeitskräfte. Nur wenn diese bis zum Höchstmaß entwickelt werden, können wir unsere Stellung behaupten.

Die Berufsschule, die durch den schwächeren Schülerzugang in den nächsten Jahren einen gewissen Leerlauf zu verzeichnen hat, ist den herrschenden Abbaubestrebungen besonders ausgelegt, obwohl gerade die jetzige Zeit angeht wäre, den inneren Ausbau vorzunehmen. Für die Erhaltung der Wirksamkeit der Berufsschule wird vorgeschlagen:

- Erweiterung des Kreises der Schulpflichtigen.
- Bermehrte Gründung von Verkehrs- (Kreis-) Berufsschulen,
- Erhöhung und Ausbau von Schulwerkstätten,
- Einschränkung des Unterrichts durch nebenamtliche Lehrer.
- Bermehrte Inanspruchnahme der Berufsschulen für die Bildungsmaßnahmen für erwerbslose Jugendliche.

Es wird mit Recht bemerkt, daß am besten zu sparen wäre, wenn der Ueberkletterung der Bildungsansforderungen Einhalt getan wird; zeigen doch die Debatten um das Berechtigungswesen, wie dieses zwangsläufig zu einer Frage der Schulorganisation wird. Die höhere Schule kann nicht mehr der einzige Weg zur Hochschule sein. Volksschule und Berufsschule sind organisatorisch und organisch zu verknüpfen und so leistungsfähig zu gestalten, daß auch von diesem Fundament ein neuer Weg insbesondere für die praktischen Intelligenzen zu den weiterführenden Schulen eröffnet wird. Die Abbaumaßnahmen für Volks- und Berufsschulen werden hingegen die praktische Auswirkung zeitigen, daß diese Schulen noch weniger geachtet werden, und der Zulauf zu den höheren Schulen, die ohnehin Eltern, Wirtschaft und Staat in unerträglicher Weise belasten, noch mehr answillt.

Die vorgeschlagenen Abbaumaßnahmen sind nur kleinliche Mittel, deren finanzieller Erfolg zudem sehr fragwürdig ist. Eine durchgängige Sparpolitik wäre allein durch eine großzügige Reform des gesamten öffentlichen Schulwesens möglich. Die Vielfältigkeit und Ueberflüssigkeit des deutschen Schulwesens macht eine rationale Gestaltung desselben zu einer gebieterischen Pflicht. Das Reichsinnenministerium muß hier im Sinne einer Bereinhaltung wirken, wenn auch deren Erfolg auf weite Sicht gestellt sein wird.

Auch von den Rektoren fast sämtlicher Hochschulen ergeht ein Ruf. Es heißt darin:

„In diesen öffentlichen Haushaltsplänen für 1931 sind die Mittel für wissenschaftliche Anstalten und Zwecke gegen 1930 wiederum herabgesetzt worden. Die Folgen solcher Streichungen reichen weiter, als man es aus den — an sich schon bedenklichen — Prognosen (meist 10 bis 25 Proz. Abstriche) schließen möchte. Ein großer Teil der Studentenschaft ist infolge der Vermögensverminderung durch die Inflation seit einem Jahrzehnt nicht mehr imstande, wissenschaftliche Bücher zu kaufen.“

Abnehmer wissenschaftlicher Zeitschriften und Bücher sind heute in nicht unerheblichem Maße die amtlichen und öffentlichen Bibliotheken. Es besteht nun die Gefahr, daß in den kommunalen Etats nach drohenden Streichungen für eine große Zahl von wissenschaftlichen Zeitschriften und von fort-

laufenden und geplanten wissenschaftlichen Veröffentlichungen vorgenommen werden und so die Gefahr eines Eingehens von wissenschaftlichen Zeitschriften und anderen Veröffentlichungen greifbar wird. Ganz abgesehen davon, daß solche Maßnahmen weitere Entlassungen von Angestellten und Arbeitern des Buchgewerbes mit sich bringen, würde das Eingehen dieser Literatur eine Minderung des deutschen Kulturlebens bedeuten und eine drohende Verarmung unseres geistigen Lebens müßte Platz greifen.

Der Aufruf bemerkt weiter, daß eben jetzt sich „Ausritte aus den kulturellen und gemeinnützigen Vereinen häufen und wissenschaftliche Zeitschriften und laufende Veröffentlichungen von den privaten Bezüchern in großer Zahl abbestellt werden“.

Der Aufruf schließt mit dem Appell „an alle Instanzen des öffentlichen Lebens, daß bei ihren finanziellen Entscheidungen der hohen Verantwortung bewußt zu sein, die sie für die geistige Fortentwicklung Deutschlands tragen“.

### Berichte aus den Verwaltungsstellen

Nürnberg. Unsere diesjährige Generalversammlung fand im Zeichen der allgemeinen Wirtschaftskrise. Kollege Neubauer erstattete den Geschäftsbericht und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß trotz des geradezu katastrophalen Beschäftigungsgrades in allen Branchen die Zusammenarbeit der Kollegenschaft im Verband sehr gut war. Baren im Jahre 1929 einzelne Branchen noch leidlich beschäftigt, so wurden auch diese 1930 von der Krise erfaßt. Am stärksten hatten die Kollegen der Portefeulleindustrie und des Tapezierergewerbes zu leiden. Lohnabbau konnte im vergangenen Jahre abgemehrt werden, dagegen mußten in diesem Jahr in der Lederwaren- und Treibriemenindustrie Abzüge von 5 bis 6 Proz. hingenommen werden. Verstorben sind im vergangenen Jahr sechs Kollegen und eine Kollegin. Dieselben wurden in würdiger Weise beerdigt. Kollege Wöhner gab den Kassenericht. Die Einnahmen für die Hauptkassette betragen 37 570 24 Mk., die Ausgaben 36 146,15 Mk. Arbeitslosenunterstützung wurde ausbezahlt 13 671,10 Mk., Weihnachtunterstützung 1986 20 Mk. Die Gesamteinnahmen und Ausgaben der Kassette betragen 12 825,32 Mk. Der Mittelüberstand ist gegenüber dem Vorjahre um 95 Mittelüber zurückgegangen. Der Grund hierfür dürfte wohl in dem allgemeinen Arbeitsmangel zu suchen sein. In der Diskussion kam allgemein der Wunsch zum Ausdruck, die Kollegenschaft möge aktiver werden, um in den kommenden Kämpfen gewappnet zu sein. Dem Kassierer wird auf Antrag der Rektoren einstimmig Entlastung erteilt. Die Wahl der Gesamtverwaltung ergab einstimmig die Wiederwahl der bisherigen Verwaltung. Kollege Neubauer dankte der Versammlung für das geschenkte Vertrauen und forderte die Kollegenschaft auf, auch im laufenden Geschäftsjahr dem Verband die Treue zu bewahren und die Verwaltung tatkräftig zu unterstützen, trotz Wirtschaftskrise, Lohnabbau und der Schikanen einzelner Unternehmer. Hierauf hielt Kollege Körner (Ansbach) einen kurzen, aber sehr ausführlichen Vortrag über „Die Bundeschule in Bernau“. Kollege Körner führte aus, daß die Gewerkschaften schon in der Vorkriegszeit, aus der Erkenntnis heraus, den Kapitalismus siegreich bekämpfen zu können, dazu übergingen, Wöhen- und Abendbildungskurse einzuführen, um die Arbeiterklasse auf ein gewisses Niveau von Bildung und Kultur zu bringen. Daß diese Erkenntnis die richtige war, beweise, daß fast 1819 Arbeiter die höchsten Stellen im Staate einnehmen konnten. Der Aufschwung der Gewerkschaften in der Nachkriegszeit und der Umstand, daß sich das Unternehmertum die gesamte Wissenschaft dienstbar gemacht habe, veranlaßte den ADGB, ein der Zeit und den Verhältnissen entsprechendes Bildungsinstitut zu errichten. So wurde am 1. Mai 1930 die Bundeschule in Bernau eröffnet. Am 1. August sind zehn Kollegen von unserem Verband dort eingezogen (darunter auch der Vortragende), um sich im Kampfe gegen den Kapitalismus zu schulen, um das erworbene Wissen in den Dienst der Bewegung zu stellen.

Die Lehrfächer sind Arbeitsrecht, Wirtschaftsfragen und Sozialpolitik. Redner machte lobenswerte Bemerkungen zum Gang durch die Bundeschule und schilderte die verschiedenen Räumlichkeiten und Einrichtungen derselben. Er erklärte zum Schluß, daß dieses Institut wohl das einzige seiner Art auf der ganzen Welt sein werde. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Kollege Neubauer erstattete dem Kollegen Körner im Namen der Versammlung den Dank für seinen so außerordentlich trefflichen Vortrag, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch in diesem Jahr wieder ein Kollege vom Gau Bayern an dem Kurus in Bernau teilnehmen möge. Nach Bekanntgabe einiger früherer An- gelegenheiten fand die Versammlung ihr Ende.

Gittinges.

### Streiks und Lohnbewegungen.

#### Tapezierer.

**Duisburg.** Am 19. März wurde ein neues Lohnabkommen gefällig. Danach beträgt der Mindestlohn vom 1. April bis zum 31. August 1931 1,14 M.

**Frankfurt a. M.** Zwischen dem Deutschen Möbelfachverband und unserer Ortsverwaltung wurde eine neue Lohnvereinbarung getroffen. Der Tariflohn wurde auf 1,19 M. festgelegt und ist mit 14tägiger Frist zum 14. August 1931 kündbar.

**Mainz.** Die in Nr. 11 mitgeteilten Löhne sind noch nicht endgültig.

#### Streiks und Aussperrungen.

In **Hameln, Kallerslauren und Rabenau** stehen in einzelnen Möbelbetrieben die Kollegen im Streik bzw. sind ausgesperrt. Die betreffenden Betriebe sind gesperrt.

### Wirtschaftskrise

#### drosselt die Automobilindustrie.

Der Produktionsausfall 1930 hat besonders stark die amerikanische Autoindustrie betroffen. Die mit einem Produktionsausfall von rund 2 Millionen Wagen auf eine Produktion von 3,3 Millionen Stück und damit unter den Stand des Jahres 1927 zurückgeworfen ist. Die Produktionsverluste der anderen Länder, Englands von 239 000 im Jahre 1929 auf 237 000 im Jahre 1930, Frankreichs von 240 000 auf 230 000, Italiens von 91 000 auf 79 000, Deutschlands von 88 000 auf 72 000 sind auch verhältnismäßig wesentlich geringer. Allerdings dürfte der Rückgang der amerikanischen Erzeugung und vor allem des amerikanischen Automobilports im letzten Jahr von 547 000 auf etwa 240 000 nicht nur durch die Krise bedingt sein. Es wird infolge der wachsenden Zollschranken der amerikanischen Autoexport durch Fiktalproduktion in den bisherigen Absatzländern erleidet, indem man hier nicht nur Montagewerksstätten, sondern neue Fabrikationsanlagen entwickelte, wie es vor allem Ford und General Motors getan haben. Ob diese Verlegung der Erzeugung, die zwar für die Absatzländer mit Hinblick auf die Handelsbilanz und die vermehrten Beschäftigungsmöglichkeiten vorteilhaft ist, für die ständige Verbesserung und Verbilligung der Produktion sich als nützlich erweisen wird, ist höchst zweifelhaft. Wahrscheinlich wird durch diese Entwicklung das Tempo der bisher schnell fortschreitenden Kostensenkung in der Herstellung verlangsamt werden.

#### Kinderzuschuß zur Invalidenrente.

Hat der Rentenempfänger Kinder, so erhöht sich die Invalidenrente für jedes von ihnen bis zum vollendeten 15. Lebensjahr um jährlich 120 M. Erhält das Kind nach Vollendung des 15. Lebensjahres Schul- oder Berufsausbildung, so wird der Kinderzuschuß bis zum vollendeten 21. Lebensjahre gewährt, solange die Schul- oder Berufsausbildung dauert und der Versicherte das Kind überwiegend unterhält. Der Kinderzuschuß wird für Kinder, die infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen außerstande sind, sich selbst zu erhalten, gewährt, solange der Zustand dauert und der Versicherte das Kind überwiegend unterhält.

#### Auch Ford übt Steuerflucht.

Die Muttergesellschaft der europäischen Ford-Gesellschaften befindet sich in England, die Tochtergesellschaften in Deutschland, Holland, Frankreich, Italien und Dänemark. An den Aktienkapitalien der Tochtergesellschaften war die englische Muttergesellschaft mit je 60 Proz. und an der italienischen sogar mit 70 Proz. beteiligt. Die Ford-Unternehmungen des europäischen Kontinents brachten der Muttergesellschaft hohe Gewinne, im Vorjahr mehr als 15 Millionen Mark. Um diese Gewinne nicht nach den englischen Steuerregeln versteuern zu müssen, wurde in Luxemburg eine Dachgesellschaft gegründet, der die englische Muttergesellschaft ihre Beteiligung an den Ford-Betrieben der erwähnten Länder übertrug und zwar zu einem Preis, der um etwa 15 Millionen Mark über den Nennwert des Aktienbesitzes hinausgeht. Diese Kapitalsumme soll den Aktionären der Muttergesellschaft in späterem Zeitpunkt in Form von Gratisaktien, die in England nicht steuerpflichtig sind, verteilt werden, während die Gewinne der europäischen Betriebe die nächsten Steuerstufe Luxemburgs genießen sollen. Im übrigen machten die Ford-Gesellschaften selbst im Jahre 1930 sehr gute Geschäfte. Die Bilanz der Muttergesellschaft zeigt in diesem Jahr für das englische und irische Geschäft einen gegenüber dem Vor-

jahr um 7,6 Proz. erhöhten Gewinn. Unter Einfluß der Tochtergesellschaften wurden 1930 nach den bisherigen Feststellungen ebenso wie im Jahre 1929 25 Proz. des Aktienkapitals rein verdient. Von den europäischen Ford-Unternehmungen, die ihre Bilanzen bereits veröffentlichten, zeigte im Jahr 1930 die dänische Tochtergesellschaft eine Gewinnsteigerung um 11 Proz., während die belgische von einem Rückgang des Reingewinns um 12,8 Proz. berichtet.

### Aus der Gewerkschaftsbewegung

**Lohnabbau im Baugewerbe.** Das vom deutschen Baugewerbe eingelegte Tarifamt hat am 27. März 40 Schiedsprüche gefällt, durch welche das Baugewerbe ganz Deutschlands erfasst wird und die Löhne im Baugewerbe um 8 bis 11 Proz. gesenkt werden.

Der höchste Abzug betrifft das Gebiet der Schwerindustrie, Westfalen. Besser abgegrenzten haben die Tarifgebiete Groß-Berlin und Hamburg, dort beträgt der Abbau 7,8 und 7,7 Proz. Schlechter weggekommen sind Bayern, Hessen, Württemberg, Provinz Sachsen-Anhalt, Freistaat Sachsen, Thüringen und Nordwestdeutschland. Hier bewegt sich der Lohnabbau um 10 Proz. herum. Der Lohnabbau für Mecklenburg, Pommern, Steintin, Ober- und Niederschlesien bewegt sich etwa zwischen 8 und 9,5 Proz.

Die Bauarbeiter in den einzelnen Bezirken haben jetzt über diesen Schiedspruch zu entscheiden. Der Zimmererverband wird auf einer außerordentlichen Generalversammlung, die zum 3. April einberufen ist, dazu Stellung nehmen.

**Verwaltungsgesellschaft deutscher Gewerkschaftshäuser AG.** Unter dieser Firma wurde am 21. Februar in Berlin die Gründung der Aktiengesellschaft vollzogen, deren Zweckbestimmung sehr eingehend als Hauptverhandlungsgegenstand auf den beiden letzten Konferenzen der Vertreter unserer Gewerkschaftshäuser erörtert worden ist. Die Führung der Vorstandsgeschäfte wurde durch Beschluß der Gründerversammlung den Kollegen Ernst Schulze und Dr. Hans Aron übertragen. Entsprechend den von der Leipziger Konferenz gemachten Vorschlägen sind folgende Genossen in den Aufsichtsrat berufen worden: Theodor Leipart (Berlin), Geheimrat Dr. Bachem (Berlin), Ernst Sprung (Berlin), Frh. Rasch (Breslau), Karl Bicklin (Leipzig), Alfred Hennig (Mittelsburg), Ernst Viderodt (Hannover), August Hein (Hamburg), Gustav Schiefer (München). Die Adresse der neuen Gesellschaft ist Berlin S 14, Inselstraße 6 II.

### Rundschau

In Zahlungsschwierigkeiten geraten ist die Firma **Oswald Ritter**, Lederwarenfabrik, Lauban i. Schl. Den Verbindlichkeiten von 36 000 M. stehen nur Werte von rund 6000 M. gegenüber. Die Vorkriegsforderungen sind ziemlich erheblich.

**Mehr Millionäre.** In Deutschland gibt es nach der neuesten Statistik für Vermögenssteueranlegung 2465 Personen, die ein steuerpflichtiges Vermögen von über 1 Million Mark besitzen. 40 Personen haben ein Vermögen von über 10 Millionen und 115 ein solches von mehr als 5 Millionen. Die Zahl der Millionäre in Deutschland hat gegenüber der Vorkriegszeit abgenommen. Es ist aber bemerkenswert, daß trotz der Krisenzeit seit der letzten Statistik eine Zunahme von 130 zu verzeichnen ist.

**Ausfuhrbelegung im Februar.** Der deutsche Außenhandel hat sich im Februar um ein geringes gebessert. Wohl ging die Einfuhr gegen den Vormonat mit 645 Millionen um 40 Millionen auf 605 Millionen Mark zurück. Berücksichtigt man jedoch die geringere Zahl der Werttöne im Februar gegenüber Januar, so zeigt die Einfuhr im Februar mit einem Werttagdurchschnitt von 25,2 Millionen Mark eine leichte Zunahme gegenüber der Januareinfuhr mit einem Werttagdurchschnitt von 24,8 Millionen Mark. Die Ausfuhr einschließlich der Reparationsgutslieferungen (778 Millionen Mark) hat gegenüber dem Vormonat um 3 Millionen Mark zugenommen. Berücksichtigt man auch bei der Ausfuhr die geringere Anzahl der Werttage im Februar, so gewinnt diese nur unwesentliche Zunahme der Ausfuhr höhere Bedeutung.

**Eine besondere Auszeichnung.** Die Jury der Deutschen Buchdruckerei, die alljährlich zum Tag des Buches unter der gesamten deutschen Buchproduktion des vergangenen Jahres die 50 bestausgezeichneten auszuwählen hat, nahm in diesem Jahr wieder zwei Werke der Büchergilde Gutenberg unter die Preisträger auf. Damit ist erneut bekräftigt worden, daß diese Gemeinschaft werttätiger Buchdrucker, die ihr literarisches Programm fortgesetzt ausbaut, auf dem Gebiete neuzeitlicher Buchdruck Vorarbeit leistet.

### Bücherschau

**Mitteilungen für Betriebskrankenkassen.** Verlag Cato Müller, Berlin N 4, Bücherg. 15. Preisprospekt vierfarbig 1,25 M.

Diese Zeitschrift erschien seit Oktober vorigen Jahres und ist als Mitteilungsorgan der Gruppe der deutschen Betriebskrankenkassen zugleich deren Mitglieder und Angehörige mit dem wichtigsten Material durch Abhandlungen bekannter Sozialpolitik, Abrundung von gesetzlichen Bestimmungen und grundsätzlichen Entscheidungen sowie durch eine unerschöpfliche Rechtsberatung behelfen vertraut machen. Durch die dauernden Beratungen der Sozialversicherung muß dieser Zweck der Zeitschrift als notwendig und für die einzelne Betriebskrankenkasse und ihre Mitglieder als besonders wertvoll erachtet werden. Die Zeitschrift erscheint unter der Leitung des zu den Vorsitzenden der deutschen Betriebskrankenkassen, Guhlo Müller, Berlin, und zwar in Anlehnung an die Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 12. März 1930, so daß zum Bezugs Massenpreis unbefristet veränderbar werden dürfen.

Nach den uns vorliegenden, bisher erschienenen Heften zu urteilen, darf diese Zeitschrift bei keiner Betriebskrankenkasse fehlen.

**Die Handwerkschule.** Weiterbestehen des deutschen Handwerks. Herausgeber Dr. Hans Reuß, Generalsekretär des Deutschen Handwerks- und Gewerbeschrammverbandes, Hannover. Verlag Späth u. Linde, Berlin S 10. Das Werk erscheint in Lieferungen zu je 64 Seiten und zwar 14tägig. Jede Lieferung kostet 1,75 M. Die Handwerkschule umfaßt insgesamt vier Bände. Band 1 behandelt die technische Betriebsführung in fünf Abschnitten. Band 2 die kaufmännische Betriebsführung. Band 3 Recht und Statistik. Band 4 umfaßt das Handwerk in der Volkswirtschaft. Bisher sind 4 Lieferungen erschienen. Es ist ein umfangreiches Gebiet, das hier in Angriff genommen ist. Wenn im Vorwort gesagt wird: „Wenn diese Entwicklung bei einem Teile des selbständigen Handwerks auf Schwierigkeiten stößt, die nicht auf Mißbrauch oder Abneigung, sondern auf mangelnde Erkenntnis zurückzuführen sind, so scheint es mir ein Gebot der Stunde zu sein, diese Schwierigkeiten wegzuräumen zu helfen“, so können wir dem zustimmen und den Wunsch äußern, daß sich die nach kommenden Teile zur reibenden Erfüllung der gesellschaftlichen Aufgabe beitragen werden. In Aussicht genommen sind etwa 10 Lieferungen.

**Wachsen die Nazis die Finanzwirtschaft?** Nein, natürlich können und wollen die Finanzkreise die Finanzwirtschaft nicht brechen. Aber es ist nötig, den Nazis und ihren Anhängern das Zielbewußtsein ihrer Agitation nach zu weisen. Das erfüllt in volkswirtschaftlicher Weise und trotzdem wissenschaftlicher Grundlage die neue Prospektur der Sozialdemokratie: „Nazis und Schatzkammer“. Was würde eine Finanzpolitik der Nazis, wie sie die Nazis begehren, bedeuten? Welche Wirkung hätte diese Regulierung auf die Anstandsangelegenheiten? Wie urteilen die Kapitalisten über das Vermögensgutachten der Nazis?

Die kleine, 30 Seiten starke Schrift gibt präzise Antwort auf diese Fragen und enthält die auswendig zu lernen „Prinzipien“ der Nazis recht deutlich. Diese wertvolle Broschüre kostet 10 Pf. und ist in allen Volkshandlungen, den Sekretariaten der SPD, und der Werbeabteilung, Berlin S 68, Lindenstr. 3, zu haben.

### Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 30. März bis 5. April ist der 14. Wochenbeitrag 1931 fällig. Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

**Berichtstarken einenden.** Alle Verwaltungen stellen, die die Berichtstarken über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende März d. J. noch nicht eingekandt haben, werden dringend erlucht, das Verlaumte bis zum 8. April nachzuholen.

Auf eine 25jährige Mitgliedschaft in unserem Verband können zurückblicken:

Zeig, Geilsdorf, Paul, Sattler; Bod, Paul, Sattler.

**Achtung! Braunschweig.** Die Mitlieder der Verwaltungsstelle werden hiermit erlucht, ihre Mitgliedsbücher am 15. April 1931 beim Ortstarbeiterkollegen W. Wehe, Scharnhorststr. 13 III 1, zwecks Kontrolle abzuliefern.

Es ist Pflicht jedes Mitgliedes dem nachzukommen. Die Ortsverwaltung.

### Veranstaltungskalender

**Braunschweig.** Am Freitag, dem 10. April 1931, abends punkt 8 Uhr, im Restaurant „Stadt Helmstedt“ Mitgliederversammlung. Vortrag des Verbandsvorsitzenden Kollegen Gerhardt, Berlin. Erscheinen ist Pflicht jedes Mitgliedes. Die Ortsverwaltung.

### Sterbetafel

**Konstanz.** Am 14. März starb unter langjähriger Mitgliedschaft der Sattler Kaspar Bierheilig, im Alter von 39 Jahren an den Folgen seines Kriegseidens.

**Wismar.** Am 23. März starb nach langer Krankheit unser Kollege Friedrich Steinhauer im Alter von 35 Jahren. Ehre ihrem Andenken!